

Bearbeitung. Diese notwendige Tiefe einer wissenschaftlichen Untersuchung hat diese CD nicht erreicht bzw. nicht erreichen wollen. Insofern wird die Lektüre von wissenschaftlichen Aufsätzen und Texten auch nicht überflüssig, zumal das Arbeiten am Text mit Unterstreichungen etc. in dieser Form am Bildschirm nicht möglich ist. Leider funktionierte auch die Druckfunktion der CD nicht, so dass nicht einmal Ausdrücke für eine intensivere Bearbeitung möglich waren. Bedauerlich ist zudem, dass eine Rechercheroutine – ein einfaches Standardhilfsmittel in der EDV – nicht eingearbeitet worden ist. So ist eine Suche nach Stichworten über die verschiedenen Seiten hinweg nicht möglich.

Mit dieser CD ist ein geeigneter Einstieg in ein historisches Thema gelungen. Gerade auch angesichts des sehr niedrigen Preises (19 Euro) wird hier die Aufarbeitung eines historischen Themas mit einer multimedialen Präsentation verbunden, die in gedruckter Form nicht möglich wäre. Dieses sind auch die Stärken dieser Veröffentlichung. Insofern ist dies ein gelungener Versuch der Präsentation historischer Themen auf elektronischen Medien. Dabei lässt sich an Hand des Impressums nur erahnen, welch großer Aufwand hinter der Produktion dieser CD gestanden hat. Dieses Beispiel sollte aber Mut machen, bei der Wissensvermittlung historischer Themen auch neue Wege zu gehen und die Möglichkeiten der elektronischen Medien dazu zu nutzen.

Wolfgang Günther

*Ulrich Peter, Christuskreuz und rote Fahne. Der Bund religiöser Sozialisten in Westfalen und Lippe während der Weimarer Republik* (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, Bd. 24) Luther-Verlag, Bielefeld 2002, 528 S., brosch.

Mit seiner umfangreichen Arbeit beleuchtet Ulrich Peter eine Bewegung in der Weimarer Republik, die als solche die Richtung der Kirche nicht wesentlich beeinflusst hat, aber mit ihrer Position einen Einblick in die Vielschichtigkeit des Protestantismus dieser Zeit gibt. Gleichzeitig stellt die Arbeit Klischees in Frage, die früher lange Zeit zum Standardrepertoire konservativer Kirchenkreise gehört haben. Der Autor zeigt nämlich auf, dass in Westfalen die Arbeiterschaft eben nicht grundsätzlich kirchenfeindlich eingestellt gewesen ist. Der Versuch der Verknüpfung sozialistischer Vorstellungen mit kirchlichen Glaubenssätzen findet zwar keinen großen Raum in der Kirche, gleichwohl ist die Breitenwirkung der religiösen Sozialisten namentlich in der Endphase der Weimarer Republik, die der Autor nachweist, überraschend vielfältig.

In Westfalen gab es zu Beginn der Weimarer Republik nur zaghafte Versuche, die sozialistischen Ideen mit der Arbeit der Kirchen zu verbinden. Diese Versuche konzentrierten sich v.a. in der Volkskirchenbewegung, die eine Demokratisierung der Kirche forderte. Die gesellschaftlichen Veränderungen durch den Sturz der Monarchie und den Beginn der Weimarer Republik waren nach Meinung dieser Bewegung in der Kirche noch nicht nachvollzogen. Die

Amtskirche sei noch immer dominiert von deutschnationalem Gedankengut und traditionell antisozialistisch. In der Tat hatte die Kirche ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie immer auch mit der damit verbundenen Freidenkerbewegung, die ja eine Trennung von Kirche und Staat forderte, begründet. Allerdings war gerade die Arbeiterschaft in Westfalen ausgesprochen untypisch. Auf der einen Seite waren viele katholische Arbeiter im Zentrum organisiert, gleichzeitig war die DNVP durch die evangelischen Vereine recht stabil bei den evangelischen Arbeitern verankert. Dadurch erklärt sich auch die verhältnismäßige schwache Position der SPD gegenüber der KPD. Auch die verhältnismäßig geringen Kirchaustrittszahlen machen deutlich, dass die Arbeiter weiterhin kirchlich blieben, ohne damit deren gesellschaftspolitischen Überzeugungen zu übernehmen. Daher formulierten die religiösen Sozialisten als ein wichtiges Ziel, ein Heimatrecht auch für die Arbeiter in der Kirche zu erkämpfen.

Ulrich Peter versucht die Bedeutung der religiösen Sozialisten in Westfalen vor allem anhand deren Beteiligung bei den Kirchenwahlen nachzuweisen. So kandidierten 1921 sozialistische Pfarrer für die verfassungsgebende Kirchenversammlung der APU beim Bund für die freie ev. Volkskirche. Diese Pfarrer gründeten dann zusammen mit einigen Laien den Bund sozialistischer Pfarrer. Erste Organisationsversuche für eine Gruppe religiöser Sozialisten startete Pfr. Glauert 1923 in Gladbeck. Diese Ortsgruppe sollte eine „Brücke zwischen Kirche und Arbeiterbewegung“ bauen. Bei der Wahl der Vertreter für die größere Gemeindevertretung (Repräsentanten) 1925, die wie die staatlichen Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht vonstatten gingen, ist nur in Enger im Kirchenkreis Herford eine sozialistische Liste nachweisbar. Allerdings waren auch einige Vertreter des Bundes für die freie Volkskirche über die Beteiligung an Einheitslisten in Gemeindevertretungen gewählt worden. Erst 1926 bildete sich ein Landesverband des Bundes religiöser Sozialisten in Westfalen, deren erster Vorsitzender Pfr. Glauert wurde. Pfr. Glauert war als Landesvorsitzender gleichzeitig Mitglied im Bundesvorstand. Er spielte dort eine besondere Rolle, weil er das einzige Vorstandsmitglied war, das nicht der SPD angehörte, sondern politisch die örtliche „Kommunale Evangelische Vereinigung“ unterstützte. Dies war insofern problematisch, da der Bund der religiösen Sozialisten sich sehr um die Anerkennung als Organisation von Seiten der SPD bemühte.

Aber die weiteren Bemühungen um Mitglieder und neue Ortsgruppen waren nur wenig erfolgreich. Auch bei der nächsten Kirchenwahl kandidierten Sozialisten nur vereinzelt auf liberalen Listen, eine Liste der freien Volkskirche wurde nur in Gladbeck und im Ortsteil Ennigloh der Kirchengemeinde Bünde aufgestellt. Das Jahr 1931 bildete eine Zäsur für die religiösen Sozialisten in Westfalen. Die Bundesleitung beschloss eine großangelegte Werbekampagne, die mit massiver Unterstützung durch den Bezirksverband der SPD durchgeführt wurde. Dies überrascht nur auf den ersten Blick. Aber die SPD im westlichen Westfalen war deutlich konservativer als andere Bezirke, die überwiegend freidenkerisch ausgerichtet waren. Insofern ließen sich in der westfäli-

schen SPD auch keine kirchenfeindlichen Anträge durchsetzen. Pfr. Glauert war zwischenzeitlich durch Pfr. Aurel von Jüchen als Landesvorsitzender ersetzt worden, was die Zusammenarbeit mit der SPD sicherlich erleichterte. Im September 1931 fand die erste Landesversammlung der religiösen Sozialisten in Dortmund statt. Bei der dabei stattfindenden Neuwahl eines Vorsitzenden fiel der westfälische Landesverband wieder mit einer Besonderheit auf, indem der einzige katholische Landesvorsitzende (Carl Gatzen) dieser Bewegung gewählt wurde. Programmatisch wurden die Ziele in einer Erklärung festgehalten: Die religiösen Sozialisten verstanden sich als Kirchenreformbewegung, die eine für die Armen parteiliche Kirche anstrebten. Ein weiteres Ziel war es, die Arbeiterschaft für die Religion (wieder) zu gewinnen. Gleichzeitig sollte durch eine Wertediskussion die sozialistische Bewegung auch für die Mittelschicht geöffnet werden. In einer Geschäftsordnung wurde die Positionierung des Bundes noch deutlicher. War die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Partei mit einer Mitgliedschaft unvereinbar, wurde dagegen die Verbindung zur SPD ausdrücklich betont. Die religiösen Sozialisten bezogen bereits zu diesem Zeitpunkt eine deutliche Position gegen die Nationalsozialisten, deren Bewegung in den Zeiten der Wirtschaftskrise immer stärker wurde. Gerade die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten stärkte die Bewegung der religiösen Sozialisten. Dies wird deutlich an der hohen Zahl der Neugründung von Ortsgruppen. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise fand eine Woche nach der Reichstagswahl am 14. November 1932 erneut eine Kirchenwahl statt. Die Kirchenwahlaktivitäten der religiösen Sozialisten wurde diesmal massiv unterstützt durch den SPD-Parteivorstand, zumal die NSDAP die Kirchenwahl als Wahl der Entscheidung stark in den Mittelpunkt ihrer Propaganda gerückt hatte. Erstmals kandidierten Deutsche Christen für die größeren Gemeindevertretungen. Nach Einschätzung des Bundes religiöser Sozialisten war der Amtskirche der Kampf gegen die Arbeiterbewegung wichtiger als der gegen den Nationalsozialismus. Die Gefahr von links werde unterschätzt, die Gefahr durch den Faschismus verharmlost. Diese Einschätzung wurde verstärkt durch zeitweise örtliche Behinderungen der Anmeldung zur Wählerliste, ohne die der Einzelne überhaupt nicht wählen durfte. Auch die Annullierung erfolgreicher Wahlen wegen angeblicher fehlender Kirchlichkeit des gewählten Kandidaten förderte diese Einstellung.

Die Kirchenwahl 1932 führte zum größten Erfolg des Bundes religiöser Sozialisten. In 40 Gemeinden kandidierten sie auf eigenen Listen, in weiteren Gemeinden waren sie z. T. auch in die Einheitsliste mit aufgenommen worden. Bei den 40 Gemeinden wurden zwar 271 Sitze errungen, aber bei den anschließenden Wahlen zum Presbyterium, an denen neben den Gemeindeverordneten das alte Presbyterium und die Pfarrer teilnahmen, konnte sich diese Gruppierung nicht mehr durchsetzen. Im Frühjahr 1933, nach dem Verbot der SPD, löste sich der Landesverband des Bundes religiöser Sozialisten auf, einzelne Mitglieder beteiligten sich am sozialdemokratischen Widerstand oder in der Bekennenden Kirche.

Neben einer begleitenden chronologischen Darstellung bildet die Analyse der Kirchenwahlen 1932 den Schwerpunkt dieser Veröffentlichung. 44 Kirchengemeinden in Westfalen wurden detailliert untersucht. Vor der eigentlichen Wahlanalyse werden die kirchlichen und politischen Verhältnisse geschildert. Auch Konflikte zwischen der Amtskirche und der Arbeiterbewegung vor Ort außerhalb der Kirchenwahlen werden angesprochen. Es überrascht, wie vielfältig die Versuche gewesen sind, als Arbeiter auch in der Kirche Anerkennung und eine Heimat zu finden. Durch das detaillierte Quellenstudium hat der Autor zuweilen interessante Entdeckungen gemacht. Insofern laden das ausführliche Quellen- und Literaturverzeichnis im Anhang zum Weiterforschen ein.

Ausdrücklich erwähnt werden muss der Exkurs von Peter zur Geschichte der religiösen Sozialisten in Lippe. Die dortige Bewegung war geprägt gewesen von Heinrich Schwartz, der auch großen Einfluss auf Ostwestfalen ausüben sollte. Aus der evangelischen Kirche ausgetreten, firmierte er ohne ein theologisches Examen als Geistlicher der Lippischen Volkskirche. Später wurde er dennoch von der mecklenburgischen DC-Leitung zum Vikar und 1936 zum Pfarrer berufen. Wie Ulrich Peter feststellt, ist dieses Phänomen nicht einzigartig und fordert zu intensiven Fragen heraus. Worin liegt diese Affinität zwischen sozialistischem Engagement einerseits und nationalsozialistischem Eifer andererseits begründet? Peter vermutet einen Grund für die Berufung von religiösen Sozialisten durch die Deutschen Christen in dem Bestreben, den konservativen Widerstand der dortigen Amtskirche gegen die Deutschen Christen zu brechen. Schwartzes Karriere war aber 1945 noch nicht beendet. Nach dem Krieg trat er wieder in die SPD ein und wurde nach der Zwangsvereinigung mit der SED Abgeordneter des Mecklenburgischen Landtags. Vor allem durch den lippischen Schulstreit um die Gemeinschaftsschule konnte Schwartz viele Anhänger für seine Volksschulbewegung gewinnen. Überall in Lippe gründeten sich freie Volkskirchengemeinden. Am 1. Oktober 1929 konstituierte sich dann die Lippische Volkskirche, die sich als religiös-sozialistische Alternative zur Amtskirche verstand. Aber schon bald nach Beilegung des Schulstreits hatte das Wachstum der Volkskirchenbewegung in Lippe ein Ende. Schwartz versuchte, diesen Wachstumsschwierigkeiten durch eine Ausweitung seiner Bestrebungen auf Ostwestfalen zu begegnen. Zunehmend entfremdete sich Schwartz durch diese Aktivitäten dem Bund Religiöser Sozialisten, aber auch der SPD. Vor allem die mangelnde Unterstützung der SPD führte zu einem Ende der Lippischen Volkskirche. Im November 1932 siedelte Schwartz nach Berlin um, die Lippische Volkskirche löste sich im Februar 1933 auf.

Nicht nur dieser Exkurs, sondern die gesamte Arbeit macht deutlich, dass es in der Weimarer Republik keine starren Fronten, wie sie so gerne von den jeweiligen Seiten beschworen wurden, gegeben hat. Die Gemengelage zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ist vielschichtiger. Gerade das sozialpolitische Engagement der Inneren Mission zeigt, dass auch die vom Autor häufig als nationalprotestantisch beschriebene Kirche sehr viel

mehr Facetten aufwies, als die Konfrontation mit den Religiösen Sozialisten vermuten lässt. Der Versuch, sozialistische Ideen in Einklang mit den christlichen Idealen zu bringen, blieben nach 1945 weiterhin ein Thema, auch wenn diese Versuche, wie zu Beginn der Weimarer Republik, sicherlich nur zaghaft zu nennen sind. Insofern ist eine Weiterführung dieser Untersuchung für die Zeit nach 1945, die in diesem Buch nur vorsichtig angedeutet werden konnte, sicherlich wünschenswert, nicht zuletzt deswegen, um Parallelen zu der Zeit der Weimarer Republik ziehen zu können.

Wolfgang Günther

*Hans-Jürgen Gaber, „An der Spitze aller Provinzen und Länder“. Trinkerfürsorge und Suchtkrankenhilfe in Westfalen 1820 bis 1995, Psychiatrie-Verlag, Bonn 2002, 208 S., brosch.*

Gaber, selbst langjährig als Arzt in der Suchtkrankenhilfe tätig, hat mit dieser Studie eine medizinhistorische Dissertation vorgelegt, die auch allgemein- und kirchenhistorisches Interesse beanspruchen darf. Die im Titel genannte Spitzenstellung Westfalens in der Trinkerfürsorge und Suchtkrankenhilfe ist ja das Ergebnis sowohl staatlichen als auch kirchlich-diakonischen Handelns: Bereits 1820 gründete die Provinz Westfalen mit ihrem Oberpräsidenten von Vincke das Landarmen- und Arbeitshaus Benninghausen, 1851 die Duisburger Diakoninnenanstalt ein „Asyl“ für Trinker in Ratingen-Lintorf, 1882 Friedrich von Bodelschwingh d. Ä. die Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf bei Bielefeld und 1886 die katholische Kirche die Anstalt „Maria Veen“ bei Borken. Das Miteinander konfessioneller und staatlicher Institutionen ist eins der Leitmotive dieses Buches; andere „rote Fäden“ wären die sich verändernden Einschätzungen der Trunksucht als Sünde, Krankheit oder Mittel der sozialen Auslese sowie ihre Erweiterung zum Suchtbegriff, der dann auch den Drogenkonsum mit umfasste. Entsprechend wechselten die Behandlungsmethoden: von der stationären Behandlung in Irrenhäusern, Normalkrankenhäusern, Spezialkliniken und Heilstätten bis zur ambulanten Hilfe, vom Ziel der „Mäßigkeit“ zur totalen Abstinenz. Aus den vielen evangelischen Mäßigkeits- und Enthaltensvereinen entstand die Blaukreuz-Bewegung, aus dem katholischen Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke das „Kreuzbündnis“. Daneben bemühten sich die kirchlich ungebundenen Guttempler, deren westfälische Zentrale Bielefeld war, um ein vollkommenes Alkoholverbot. „Der medizinische Berufsstand verhielt sich gegenüber dieser Laienbewegung reserviert“ (S. 22).

Gaber unterscheidet zwischen verschiedenen Phasen der Trunksucht und ihrer Bekämpfung: der Verelendung durch die napoleonischen Kriege folgte die „Branntweinpest“ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; dagegen formierten sich die Mäßigkeitsvereine, z. T. mit evangelisch-pietistischem Hintergrund. Diese brachen 1848 mit der Revolution zusammen. Eine zweite Welle der Verarmung und Verelendung begann mit der Industrialisierung; wieder bot